

INNENPOLITIK

Chefredakteurs Dornim Augeder SPÖ

14.06.2007 | SN

Druck auf Chef der "Wiener Zeitung" erhöht: "Man will mich als Nehmer und Faschisten diskreditieren"

Wien (SN -zim). Das, was sich derzeit bei der "Wiener Zeitung" abspielt, läuft gemeinhin unter dem Begriff "Mobbing": Die SPÖ erhöht zunehmend den Druck auf den Chefredakteur der Zeitung, die im Eigentum der Republik steht - und damit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer untersteht. Vorläufiger Höhepunkt: "News" wurde Andreas Unterbergers Dienstvertrag zugespielt.

In dem Artikel wird Unterbergers Gage als "Traumvertrag" bezeichnet und er selbst als Privilegienritter dargestellt. Tatsächlich handelt es sich um einen marktüblichen Vertrag. Am Mittwoch setzte die SPÖ auch ihre inhaltlichen Angriffe auf Unterberger fort: Sozialminister Erwin Buchinger forderte per Aussendung eine "deutliche Entschuldigung" des Chefredakteurs für eine Kolumne, in der laut Interpretation Buchingers "die Abschaffung des Wahlrechts der älteren Generation" gefordert wird. In Wirklichkeit handelte es sich um eine vierzeilige Satire zum Thema Wahlrecht mit 16 und Komatrinken.

Dass der konservative und wirtschaftsliberale Unterberger und Gusenbauer keine Freunde sind, ist kein Geheimnis. Der ehemalige Chefredakteur der "Presse" wurde noch unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zum Chef der Republikzeitung bestellt. Der SPÖ, unterdessen von der Oppositions - zur Kanzlerpartei avanciert, ist Unterberger schon lange ein Dorn im Auge und Teile der Partei fordern bereits offen seine Ablöse. Offiziell läuft sein Vertrag aber bis 2010.

Unterberger sagte am Mittwoch zur APA, er sei "fassungslos" und: "Man will mich als Nehmer und Faschisten diskreditieren."

Angriffsfläche bot Unterberger freilich auch selbst, als er im Jänner einen Gastkommentar von Herbert Schaller veröffentlichte, in welchem der Jurist eine Abschaffung des Verbotsgesetzes forderte. Mit keiner Silbe wurde erwähnt, dass Schaller der Anwalt des wegen NS-Wiederbetätigung verurteilten David Irving war sowie an der umstrittenen Holocaust-Konferenz im Iran teilgenommen hatte.

Zusätzliche Brisanz dieser Geschichte: Der Verein "Gedenkdienst", der Unterberger vorgehalten hatte, Holocaust-Leugnern eine Plattform zu bieten, wird nun von Unterberger wegen "kreditschädigender Äußerungen" geklagt. Die Prozesskosten, die dem Verein dabei entstehen, will die SPÖ tragen.